

# Kommentar zur Konjunktur: Zaghaftes Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung

## WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Winterprognose 2024 im Wortlaut

---

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Freitag, den 20. Dezember 2024 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2025 und 2026 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

---

Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

Der Advent geht zu Ende, Weihnachten steht vor der Tür. Aber die Wartezeit auf einen Aufschwung geht weiter.

Das ablaufende Jahr 2024 war ein weiteres Rezessionsjahr. **Das reale BIP dürfte um 0,9% gefallen sein. Das kommende Jahr bringt bestenfalls verhaltenes Wachstum.** Unter der Annahme, dass keine Budgetkonsolidierung erfolgt, sollte das reale BIP 2025 um 0,6% expandieren, getragen von einem wieder erstarkenden Konsum und Exporten.

Wir wissen aber alle, dass der Staat in den kommenden Jahren seine Ausgaben kürzen und seine Einnahmen erhöhen muss. Wie stark und wie schnell er das tun wird, das ist noch nicht klar. Jedenfalls aber werden die Maßnahmen konjunkturelle Auswirkungen haben. **Ohne Konsolidierung würde das Defizit nächstes Jahr bei 4,2% des BIP liegen.** Soll das Budgetdefizit im Jahr 2025 auf 3% gedrückt werden, dann sind Sparanstrengungen in der Höhe von 1,2% des BIP bzw. 6 Mrd. € nötig. Eine solche Rosskur würde das BIP-Wachstum um zwischen 0,5 und 0,9 Prozentpunkte dämpfen. Von dem zarten Aufschwung im nächsten Jahr würde nichts übrigbleiben. Im Gegenteil, **es drohte ein drittes Rezessionsjahr** mit unangenehmen Begleiterscheinungen: noch stärker steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Ungleichheit und neue Belastungen für das Budget.

**Schon ohne Budgetsanierung sind die Wachstumsaussichten bescheiden.** Das III. Quartal 2024 war das mittlerweile neunte Quartal in Folge mit Schrumpfung oder Stagnation. Es verdichtet sich damit der Verdacht, dass die Schwierigkeiten struktureller – d. h. dauerhafter – und nicht zyklischer – sprich, vorübergehender – Natur sind. Wenn das stimmt, dann muss das Wachstum vor allem mit **strukturpolitischen Maßnahmen** angeschoben werden, nicht mit konjunkturpolitischen.

Das Umfeld, in dem Österreichs Wirtschaft sich behaupten muss, ist extrem unsicher. **Der neue Präsident der USA droht mit Zusatzzöllen**, was die zuletzt starken Ausfuhren nach Amerika belasten würde. Er könnte Exportlizenzen für Gas verknapfen – aktuell ist Gas in Europa sechsmal

so teuer wie in den USA, damit würde es noch teurer. Trump könnte den militärischen Beistand für Europa einschränken, was die Unsicherheit noch weiter anheizen würde.

In Deutschland, unserem wichtigsten Handelspartner, ist die von der Federal Reserve gemessene **wirtschaftspolitische Unsicherheit aktuell auf einem Rekordwert**, mehr als fünfmal so hoch wie im Durchschnitt der letzten dreißig Jahre. Unsere Kolleg:innen am ifo Institut in München haben daher in deren Winterprognose Szenarien vorgelegt, halten aber das pessimistische mit 0,4% Wachstum für am realistischsten. Mein Ex-Institut in Kiel und auch die Bundesbank sehen nächstes Jahr für Deutschland überhaupt kein Wachstum mehr.

Und in Österreich, wissen wir nicht, welche Politik eine nun hoffentlich bald arbeitsfähige neue Regierung plant und umsetzt. **Unsicherheit führt zu ängstlichem Abwarten** bei Investitionen und bei großen privaten Anschaffungen. All das lastet wie ein Mühlstein auf der Konjunktur.

**Aber Unsicherheit ist immer eine zweiseitige Sache.** Erstens: Wenn wieder mehr Klarheit herrscht, kann es sehr plötzlich zu einer Belebung kommen. Und zweitens: Es kann auch positive Überraschungen geben. Deutschland könnte unter einer neuen Regierung seine budgetären Spielräume mobilisieren und wieder zu Wachstum finden. Europa könnte mit den USA einen "Deal" schließen. Trump könnte mit "drill, Baby drill" den Weltmarkt mit billigem Gas fluten. Irgendwann wird der Krieg in der Ukraine wegen wirtschaftlicher Erschöpfung zum Ende kommen, vielleicht beschleunigt durch Druck aus Washington. Überhaupt Trump: Eine Kombination aus Deregulierung und hohen Staatsausgaben könnte die Konjunktur in den USA stark anschieben, wovon auch Europa und Österreich profitieren würden.

Der Blick in die Zukunft fällt im Dezember 2024 sehr schwer. Lassen Sie mich trotzdem auf drei Eckpunkte unsere Prognose eingehen.

Erstens, der **Konsum**. Wir gehen davon aus, dass die weiter zurückgehende Inflation und die guten Lohnabschlüsse zu einem Anstieg der realen verfügbaren Einkommen von 1,6% im Jahr 2025 nach zuletzt 2,8% führen. Obwohl die Sparquote nicht zurückgeht, erwarten wir ein **Wachstum des realen Konsums** von 0,8% im Jahr 2025 nach Schrumpfung heuer. Der Arbeitsmarkt ist weiter relativ stabil, trotz Firmenpleiten. Sollte es im staatlichen Bereich aber zu Einstellungsstopps kommen, sähe die Lage wohl anders aus. Dann würde die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung zurückgehen mit Auswirkungen auf den Konsum.

Zweitens, die **Investitionen**. Die Zinsen fallen. Das Baupaket beginnt zu greifen. Nach drei Jahren rückläufiger Bauinvestitionen sollte sich hier nun leichtes Wachstum einstellen. Sollte der Staat aber im bisher recht stabilen Tiefbau kürzen, wäre auch diese Prognose gefährdet. Und bei den Anlageinvestitionen dürfte 2025 sowieso noch einmal eine deutliche Schrumpfung bringen – zu groß ist die Unsicherheit in der Industrie.

Drittens, die **Exporte**. Im Jahr 2024 dürften die Warenexporte preisbereinigt um 4,5% zurückgegangen sein. Das ist heftig. Die Wettbewerbsfähigkeit wird vermutlich im kommenden Jahr nicht weiter fallen, sodass vor dem Hintergrund eines soliden Wachstums in vieler unserer Exportmärkte – Deutschland ausgenommen – eine Erholung erwartet wird. Aber auch die Importe steigen, und zwar etwas stärker als die Exporte, so dass der Außenbeitrag per se keinen Konjunkturbeitrag liefert.

Es gibt aber eine gute Nachricht: 2024 haben sich die so genannten **Terms-of-Trade** erholt, sprich: die Exportpreise sind stärker gestiegen als die Importpreise. Daraus resultiert ein Wohlstandsgewinn, der im herkömmlichen realen BIP nicht enthalten ist. Sehr wohl aber im **Realwert**

**des BIP**, das ein Maß der gesamtwirtschaftlichen Kaufkraft darstellt. Dieser ist 2024 gestiegen, sogar pro Kopf – wenn auch nur um 0,1%. Das ist bemerkenswert, weil ja das reale BIP sinkt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal **drei Punkte zur Budgetkonsolidierung** machen.

Erstens: das überbordende Budgetdefizit resultiert, nach Auslaufen der COVID-19- und Antiteuerungsmaßnahmen, vor allem aus: (a) dem **Anstieg monetärer Sozialleistungen**, (b) der stark wachsenden **Zahl der Pensionsbezieher:innen** und (c) steigenden Ausgaben der Länder und Gemeinden in den Bereichen **Gesundheit, Pflege, Wohnen, Umwelt und Bildung**. Will man das Budget nachhaltig ausgabenseitig sanieren, muss man bei diesen so dynamisch wachsenden Ausgaben ansetzen. Gezielt wohlgermerkt. Denn:

Zweitens: Unterschiedliche Konsolidierungsmaßnahmen haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Konjunktur. Eine Einschränkung öffentlicher Bauinvestitionen etwa schadet dem Wachstum mehr als die Abschaffung des Klimabonus. Oder eine Kürzung von zielgerichteten Sozialausgaben wirkt stärker konjunkturschädigend als z. B. ein Solidaritätszuschlag auf die Einkommenssteuer für wohlhabende Individuen. Die so genannten **Fiskalmultiplikatoren** sind je nach Maßnahme mal höher, mal niedriger. Man sollte Maßnahmen priorisieren, die möglichst geringe Multiplikatoren aufweisen.

Drittens – und vielleicht am wichtigsten: Wir haben in den letzten Jahren eindrücklich gesehen, wie wichtig Zuversicht ist. Soll sie zurückkehren, braucht es einen glaubwürdigen **Zukunftsplan**, in dem Reformen für mehr Wachstum angegangen werden, und Sparsamkeit als Mittel zum Zweck gesehen wird. Der Plan muss realistisch sein, angesichts der Herausforderungen mutig genug, und vor allem muss er überzeugen. Wenn die Politik tut, was notwendig ist, kehrt auch das Zukunftsvertrauen der Bürger:innen wieder zurück, selbst wenn manche Reformen unpopulär sein mögen. Und auch für unser Standing auf den Finanzmärkten brauchen wir vor allem einen glaubwürdigen Plan. Haben wir einen solchen, dürfte ziemlich egal sein, ob Österreich in ein EU-Verfahren wegen übermäßigem Defizit kommt oder nicht. Viel wichtiger ist, dass die Budgetkonsolidierung (i) konjunkturschonend, (ii) sozial ausgewogen und (iii) mit Blick auf die wirtschaftliche Zukunft des Landes von statten geht.

Nun aber zu Stefan Ederer, der Ihnen erklärt, welche Auswirkung der Zoll-Fanatikers Donald Trump auf die heimische Konjunktur haben dürfte. Stefan, bitte.

Wien, am 20. Dezember 2024

*Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.*